Nr. 215 19. Jahrg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sonnabend, 18. Sept. 1920

Fernsprecher 21 366
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 10.20 M Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 13 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M. Familienanzeigen 1.30 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Auf dem Wege*)

Von A. Damaschke

Der „Ständige Beirat für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium" hat in seiner ersten Septembersitzung wieder ernste Arbeit geleistet. Nachdem das Heimstättengesetz die Rechtsform der Heimstätte gestaltet hat, muß es jetzt gehen, billiges Land und billiges Geld zu schaffen, damit das formale Recht Leben und Segen werden kann. Zunächst handelt es sich um die Gewinnung von billigem Land. In dieser Erkenntnis forderte die Entschließung der Nationalversammlung vom 29. April 1920 die Reichsregierung auf,

„tunlichst bald einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bodenspekulation und zur sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird."

Es lagen dem „Ständigen Beirat" zwei Gesetzentwürfe vor, die auf Anregung des als Sachverständigen der Sitzung beiwohnenden Paderborner Landrats von Laer zusammengearbeitet wurden zu dem Entwurf eines „Gesetzes über erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes" (Bodenreformgesetz).

Wer wirklich billigen Boden gewinnen will, und zwar in großem Maßstabe für die Heimstättenbildung in Stadt und Land, darf natürlich auch nicht vor einer wirksamen Enteignung zurückschrecken. Nun ist jede Enteignung, d. h. die zwangsweise Aufhebung des Eigeneigentums, naturgemäß immer ein schwerer Eingriff, und jede Gemeinschaft soll hier sozusagen darauf achten, die vermeidbare Vergewaltigung des Einzelnen, der vielleicht einer Minderheit auf geistigem oder politischem Gebiete angehört, auszuschließen. Auf der anderen Seite aber ist die Enteignung oft der einzige Weg, um das Wohl der Gesamtheit gegen das Interesse des Einzelnen wahrzunehmen. Ein Führer der Rechtslehre wie Rudolf Ihering erklärt deshalb in seinem „Zweck im Recht":

„Die Expropriation macht das Eigentum erst zu einem praktisch lebensfähigen Institut; ohne sie würde es sich zu einem Fluche der Gesellschaft entwickeln können."

Das bisher geltende Enteignungsrecht mußte zu den schwersten Mißständen führen. Oft wurde es geradezu ein Hohn auf das Recht der Gesamtheit. Der Oberbürgermeister a. D. H. v. Wagner schilderte ein Beispiel aus der Praxis. Eine „eilige" Enteignung, die er im Jahre 1903 beantragte, konnte im Jahre 1918 endlich entschieden werden. Das „eilige" Verfahren hatte also trotz aller Mühe 15 Jahre zur Erledigung gebraucht! Hier muß natürlich grundlegender Wandel geschaffen werden.

Besonderes Gewicht aber legt der Entwurf auf eine Rechtsform, die Geheimrat Erman zuerst im „Jahrbuch der Bodenreform" (1919, Seite 189) eingehend dargestellt und begründet hat, das Ankaufsrecht. Von jedem Verkauf ist den zuständigen Behörden Mitteilung zu machen. Dann haben diese das Recht, das zum Verkauf angemeldete Grundstück zu übernehmen, und zwar zu einem angemessenen (gerechten) Preise. Hier trifft also der Uebergang des Bodens in die öffentliche Hand nur solche, die bereits entschlossen waren, sich von ihrem Eigentum zu trennen. Ob das Ankaufs- oder — im Notfall — das Enteignungsrecht wirklich sozial wirken kann und den Weg zu billigen Heimstätten in Stadt und Land erschließen, hängt natürlich von dem „angemessenen", „gerechten" Preis ab. Wie kann, wie soll er bestimmt werden? Das Endziel muß zweifellos sein eine Bewertung allen deutschen Bodens einheitlich für die Zwecke der Beleihbarkeit, der Besteuerung und der Enteignung. Diese Bewertung muß der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, damit sie jederzeit die Möglichkeit und damit das Recht hat zu vergleichen und zu berichtigen. Das entspricht altdeutscher Rechtsauffassung in Steuerfragen; das sind Gedanken, die überall um Anerkennung ringen. Der englische Staatsmann, der zuerst Bodenreformgedanken in die Politik seines Landes bewußt einführt, Asquith, erklärte am 26. Juli 1919 in einer Rede im Edgware:

„Ich habe wieder und immer wieder gesagt, daß die Frage der Bedingungen, zu welchen Land im öffentlichen Interesse erworben werden kann, die Wurzel aller sozialen Reform ist. Und vor allem ist sie die Grundlage der dringendsten sozialen Reform: der Wohnungsfrage.

Wir werden nie zu einer brauchbaren und gerechten Lösung dieser Schwierigkeiten gelangen, es sei denn, Land kann für öffentliche Zwecke zu genau demselben Preise erworben werden, nicht einen Pfennig mehr, zu welchem es für die öffentlichen Lasten zur Steuer veranlagt ist."

Hoffentlich gelingt es, diesen Grundgedanken eine glückliche Rechtsform zu geben. Auch bei der Beratung dieses Gesetzes zeigte sich immer von neuem, wie nötig eine Stelle ist, die anregt, fördert, entscheidet. Und deshalb wurde es als eine innere Notwendigkeit empfunden, als Gewerkschaftsvertreter im „Ständigen Beirat" folgende Entschließung einbrachten:

„Entsprechend der mit überwältigender Mehrheit gefaßten Entschließung der Nationalversammlung vom 29. April 1920 und entsprechend auch der allgemeinen Volksmeinung, wie sie sich mit besonderem Nachdruck in den einstimmigen Forderungen des Aktionsausschusses der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt ausdrückt, fordert der Ständige Beirat für das Heimstättenwesen, daß das Reichsarbeitsministerium die Mittel für das Reichsheimstättenamt bereits in den Haushaltungsplan einsetzt, der in der neuen Tagung im Oktober dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Voraussetzung für ein gedeihliches Wirken des Reichsheimamtes ist es, daß für die Leitung eine Persönlichkeit ausersehen wird, die volles Vertrauen der hinter dem ständigen Beirat stehenden Volkskreise findet. Da nach dem Stiftungsbrief des Ständigen Beirats dieser in allen Fragen des Heimstättenwesens gehört werden soll, erwartet der Ständige Beirat, daß er auch bei den Vorarbeiten für den Aufbau und die Zusammensetzung des Reichsheimstättenamtes zur Mitwirkung herangezogen wird."

Sie wurde nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen. Ein besonderes Wort des Dankes gebührt dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der trotz überreicher drängender Besetzung des Tages zum Schluß seine persönliche Anteilnahme doch ermöglichte und Gelegenheit nahm, zu erklären, wie hoch er die Heimstättenfrage einschätze und wie sehr er bereit sei, alles zu tun, um diese große Aufgabe im Dienst des sozialen Friedens an seinem Teil zu fördern.

*) Aus der „Deutschen Warte" (Nr. 399 vom 17. September).

Die Notwendigkeit der Arbeiterbildung

Die gewaltigen technischen Fortschritte haben in der Vorkriegszeit zu einem großen wirtschaftlichen Fortschritt geführt, die Erzeugung der Bedarfsmittel der breiten Masse vermehrt, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und Betriebsverbesserungen weithin entlastet, eine bedeutende Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeiter ermöglicht. Das seelische Glück der Arbeiter ist damit nicht herbeigeführt; das konnte auch jener äußere wirtschaftliche, soziale und politische Fortschritt aus sich heraus nicht leisten, weil er äußerliche Zustände schafft und im Mechanismus weithin aufgeht. Ueberdies zerstörte die wirtschaftliche Umwälzung manches durch Jahrzehnte hin ungehemmt überlieferte Kulturgut; sie förderte aus sich allein sogar unter den Besitzenden wie unter den Arbeitern eine materialistische, mammonistische, kulturzerstörende Gesinnung.

Mit der Zurückeroberung des Kleinbetriebes und der Massenansammlung von Arbeitern in Fabriken und Werkstätten verlor die Arbeit beim Lohnarbeiter das Glück des freien, persönlichen schöpferischen Gestaltens. Die Werkstatt wurde fern von der Familie gelegt, der Zusammenhalt der Familienmitglieder gelockert. Die meisten gewerblichen Lohnarbeiter wanderten aus ihrer Heimat ab, wurden damit aus deren bodenständischen Kultur herausgerissen; am neuen Arbeitsorte fand sich keine Bodenständigkeit in der Wohngemeinde. Viel zu viel wurde die seelische Kolonisations- und Siedlungsarbeit, oft auch die wirtschaftliche, besonders durch Beschaffung ausreichender gesunder und anheimelnder Wohnungen, versäumt. Die Seele der Arbeiter verkümmerte, ja verwahrloste weithin in dem Maße, als statt darbietung veredelnder Bildung u. Unterhaltung eine gewinnsüchtige, auf Sensation und Sinnenreiz ausgehende Ausnützung des Erholungsbedürfnisses im Wirtshause, Theater, Kino, im Schund- und Schmutzschriftentum, im wilden Sport und Spiel sich an die Arbeitermassen herandrängte.

Um so mehr hätte eine gleichzeitige starke Pflege der Gesinnungserneuerung neben der äußeren Reformarbeit not getan, eine eifrige Bildungsarbeit. Aber die Menschheit liebt das Einseitige, die Uebertreibung. Das Neue vor allem schlägt in seinen Bann. Die deutsche Geistesbildung einschließlich der Kunst und des Schrifttums fiel zum guten Teil vom Idealismus ab zum Realismus, Naturalismus usw., und soweit sie das Geistesleben pflegte, entartete dieses zumeist zum Intellektualismus, zum Verstandesdrill, zur toten Wissenspflege. In den katholischen Standesvereinen wollte man neben anderem auch bildende Unterhaltung und wedelnde Erholung bieten, aber man hat keinen vollen Erfolg erreicht, weil man von der überlieferten religiösen, mehr kirchlichen Arbeit abgesehen, zu sehr durch die kirchenpolitischen, wirtschafts- und sozialpolitischen, parteipolitischen Aufgaben des Tages in Anspruch genommen war. Erst durch die Förderung der Volkskunstbestrebungen ging man planmäßig an die Pflege einer in dem Innenleben des Arbeiters verwurzelnden und ihm anwachsenden selbständigen Geistes- und Herzensbildung heran. Aber es war vielfach doch mehr ein Darbieten von außen her, weniger ein Wecken von seelischem Eigenleben, das auch außerhalb der wenigen im Vereinssaale verbrachten Stunden sich selbständig auswirkte und fortentwickelte, das insbesondere im Familienleben heimisch wurde. Was man an die Seele der Arbeiter heranbrachte, war dazu ihm vielfach wesens- und lebensfremd. Bildung ist innere Ausweitung und Bereicherung des Eigenlebens, das insbesondere in der Berufsarbeit, im Berufs- und Staatsleben, im ständischen Familienleben, in der in Beruf und Familie erlebten und betätigten Religion, im naiven Verkehr mit der Gottesnatur, in Heimatgemeinde und Heimatland, kurz im Volkstum wie im Boden und im Klima seine eigentümliche Färbung und seinen eigenen Wuchs erhält. Die Sozialdemokratie gar konnte unter dem Schwergewicht des der Agitation wegen geförderten Materialismus und Radikalismus kein lebendiges Verhältnis zur Seelenbildung finden.

So blieb die Arbeiterpersönlichkeit, die Arbeiterfamilie, soweit nicht altengebte, insbesondere kirchliche Ueberlieferungen der ländlichen und kleinstädtischen Kultur sich noch aufrechterhielten, in weiten Kreisen geistig leer, öde, verwahrloste gar inmitten eines Volkes, dessen städtische Oberschicht mehr ihre äußere Gesittung und Lebenshaltung, ihre Zivilisation als ihre innere Geistes- und Herzensbildung, künstlich steigerte. Leiblich ging es den breiten Arbeitermassen, von der Wohnung abgesehen, besser; geistig, seelisch verarmten sie, verwahrloste ihre Jugend. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vor allem in der Sozialdemokratie, stürzte sich überwiegend auf die Verbesserung der äußeren Daseinszustände, kam nicht zu einer innerlichen Gesinnungserneuerung und Gesinnungspflege. So war die Revolution eine natürlich entwickelte Krisis, ein seelischer Zusammenbruch, ähnlich wie in einer schweren körperlichen Krankheit die Natur Rache nimmt an langer Vergewaltigung der in sie gelegten Naturgesetze.

Heute, da die Arbeiterschaft im wirtschaftlichen und politischen Leben die vorherrschende Klasse ist, da die Arbeiter in der gleichberechtigten Anteilnahme an der Leitung der Betriebe, der Wirtschafts- und Staatspolitik ihre vornehmlichste Förderung erblicken, da die Arbeiterschaft also der Wirtschaft und dem Staatsleben Eigenes, Besseres zu geben berufen ist, zeigt sich, wie noch so weniges sie aus eigenem geistigen, seelischen kulturellen Reichtum zu geben vermag. Sie soll ausschlaggebend mitwirken, die Kultur des vorigen kapitalistischen, feudal-monarchischen Zeitalters zu wahren und mit Neuem zu bereichern. In Organisations- und Agitationsarbeit ist die deutsche Arbeiterschaft bewandert, in allen übrigen recht arm und hilflos. Weil die tiefe natürliche Seelenbildung über dem Politisieren und Organisieren verträumt oder nicht in ihren starken, von Gott in die Menschennatur gelegten und im Volkstum durch Jahrhunderte gewachsenen Wurzeln gepflegt ist.

Echte Bildung im strengen Sinne, nicht zu verwechseln mit totem sozialen und politischen Sachwissen oder mechanischem Können, gilt es darum besonders in den Standesvereinen und Berufsvereinigungen zu pflegen. Und zwar müssen die Arbeiter selbst diese Bildungsarbeit in die Hand nehmen, während sie bisher meinten, von den Vereinsleitern könnten sie sich diese wie die Unterhaltung in einem Kino oder Theater, in interessanten Unterhaltungsbüchern darbieten lassen; man brauche das Dargebotene nur hinzunehmen. Durch solche Bildungsarbeit, die, einmal angeregt, von den voranstrebenden Arbeitern in den freien Mußestunden in heißem Bemühen auf eigenen Füßen gepflegt wird, löst die Arbeiterbewegung auch die standesbildenden Kräfte aus, vermöge deren sie zum Arbeiterstande wird.

Hochbetrieb in den Münzen

Augenblicklich herrscht in den Münzen die angespannteste Tätigkeit. Zur Behebung des Kleingeldmangels, der auch jetzt noch immer sehr stark ist, werden in den staatlichen Münzen gegenwärtig nicht weniger als etwa 200 Millionen Aluminiumprägungen ausgeprägt. Der Plan, Porzellangeld einzuführen, ist fallen gelassen worden. Dagegen sind Ein- und Zweimarkstücke in Sicht. Ueber die Arbeiten in den Münzen macht Ottomar Reichard in der „Nationalzeitung" folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Berliner Münze hat ihre Betriebe erweitert und arbeitet in drei Schichten, um den Bedürfnissen zu genügen! Trotzdem Privataufträge überhaupt nicht mehr ausgeführt werden, bleiben die Prägestempel Tag und Nacht in Betrieb. Da sieben Millionen Stück Kleingeldmünzen allwöchentlich allein aus den Werkstätten der Berliner Münze herausgehen, muß angenommen werden, daß nach wie vor das Kleingeld gehamstert wird. Dies ist natürlich gänzlich sinnlos, da der Wert des Metalls weit geringer ist, als die aufgeprägte Zahl. 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium haben einen Metallwert von 5 bis 6 Pfennigen. Einpfennigstücke aus Aluminium werden allerdings nicht mehr hergestellt, weil bei diesen der Metallwert den Zahlenwert übersteigt. Ebenso wenig Ein- und Zweipfennigstücke aus Kupfer, die 3 bezw. 6 Pfennige wert sind. Da das Reich mit der Münzausprägung ein „gutes Geschäft" macht, hat es alles Interesse daran, möglichst große Scheidemünzen herauszubringen. Von den sechs Staatsmünzen Berlin, Hamburg, München, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden-Muldenhütten verfertigt Berlin allein 54 Prozent aller Münzen. Von 50-Pfennigstücken aus Aluminium, die sich gut bewährt haben, sind bisher 120 Millionen im Umlauf. 80 Millionen werden noch ausgeprägt, da der Staatsauftrag auf 200 Millionen Stück lautet. 10-Pfennigstücke aus Zink und 5-Pfennigstücke aus Eisen werden 15 Millionen Stück allwöchentlich auf den Geldmarkt gebracht. Gold und Silber wird nicht mehr ausgeprägt; hingegen im Auftrage Privater vielfach zu Barren eingeschmolzen. 1,5 Kilogramm Gold kann man sich schon gegen Zahlung der geringen Gebühr von 4,50 Mark zum Klumpen ballen lassen. Eine Goldprobe kostet 7 Mark, eine Silberprobe 4,50 Mark. Es kommen aber wenig Münzen, vielmehr Schmuckstücke zur Einschmelzung.

Mit dem Porzellangelde ist es nichts. Die Meißner Manufaktur, die ein Angebot gemacht hat, ist nur in der Lage, wöchentlich 5000 Stück zu liefern. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Andere Porzellanfabriken mit der Herstellung zu betrauen, ist wegen der mangelnden Kontrollmöglichkeit nicht ratsam. Außerdem sind die Stücke leicht zerbrechlich. Sie haben allerdings den Vorzug, schwer gefälscht werden zu können. Ein Lichtblick eröffnet sich uns: Gegen Weihnachten werden die Legierungsversuche für Ein- und Zweimarkstücke abgeschlossen sein und mit der Ausprägung kann dann begonnen werden. Das Reichsfinanzministerium würde auch die Ausprägung eines Fünfmarkstückes gern sehen, doch sind die Beratungen hierüber noch nicht abgeschlossen. Edelmetall kommt auch bei diesen größeren Münzen nicht zur Verwendung. So besteht die Aussicht, daß in absehbarer Zeit die zerrissenen und beschmutzten Ein- und Zweimarkscheine, vielleicht auch die Fünfmarkscheine, aus unserer Geldtasche verschwinden und die Hosentasche oder das Portemonnaie wieder zu Ehren kommen.

SLUB
Wir führen Wissen.